

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großschönau

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21. — **Telefon 72206**

Anzeigenpreis: Die 10gehalt. Kolonellselle 35 Pf., bei Blatvorchrift 40 Pf.
Stellenangebote 10gehalt. Kolonellselle 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10gehalt. Kolonellselle mit 50% Nachsch. Reklameselle 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gehalt. Kolonellselle 40 Pf. bei Blatvorchrift 50 Pf., Reklameselle 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Reichsbannerkamerad Dr. Marx. Eine neue Krise im Besitzbürgerblock.

Das Kreuzworträtsel.

Neue Komplikationen im Stadium der Nachgeburt. Und wahrhaftig, der Geburtsakt des Bürgerblocks überstieg alle Kräfte. Seit Wochen war Kamerad Dr. Marx als Hebammen tätig. Noch am Abend vorher hatten die „Hüter der Republik“ dem Kindlein fünf lange Stunden gewidmet. Während der Vormittagsstunden wurden abermals alle Hebel der Regie in Bewegung gesetzt. Die Deutschnationalen haben noch zwei Fraktionsführungen abgehalten. Dann verlas Dr. Marx dreiviertelstündig seine Schreibe. Schleimig und ölig. Eine Regierungserklärung, die zur Not auch der Großen Koalition aus der Laufe helfen konnte. Und der Zweck all dieser so wohlgedrehten Worte? Jede Bürgerblockpartei sollte ihr entnehmen, was ihr gerade paßt. Graf Westarp hat denn auch die Gelegenheit mehr als reichlich ausgenutzt.

Für die Deutschnationalen gilt die Erklärung Dr. Marx' nur „mit dem, was wir dazu zu sagen haben“. Entscheidend ist also der Kommentar des „Grafen“. Und der hatte an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig gelassen. Kamerad Marx fühlte sich bereits in der Rolle des Missionars, der die Schwarzweikoten seiner Bibel gewonnen glaubte. Dann folgten die Auslegungen des „Befehrten“ und schon lag die Arbeit langer Wochen in tausend Trümmern. Graf Westarp würde „Republikaner“, so wie er das auffaßt. Das Bekannte zum Staat sei nach bei weitem keine Anerkennung der Republik. Grundlegend sei von den Deutschnationalen überhaupt nichts zugestanden worden. Das „Zentrumsmanifest“ Dr. Births, in das er all sein Pathos hineingelegt, haben die „neubefehrten“ Schwarzweikoten zur Kenntnis genommen. Ein Bekenntnis dazu aber würde von den Deutschnationalen nicht abverlangt...

So erklärte Graf Westarp vor der breiten Weltöffentlichkeit, frei und hemmungslos, von der Tribüne des Parlaments. Die Deutschnationalen haben ihre vier Ministerposten, sie sind im Besitz der politischen Macht. Der Reichsbannerkamerad mag reden, was er will. Als politischer Chef des Besitzbürgerblocks jungliert der „Graf“. Er hat die Zügel in der Hand, er führt die Reitere mit geradezu perverler Brutalität, und er agiert mit so beispiellosem Ignorismus, daß der starbesehnten Zentrumsfraktion Hören und Sehen beinahe völlig verging. Eine Preisgabe ihrer „monarchistischen Gesinnung“ wurde von den Deutschnationalen nicht gefordert. Sie wurde auch nicht „zugelagt“. Die Verantwortung für das Reputationsabkommen lehnen sie ab. Ihre Minister sind nicht dabei gewesen, so stellte Westarp auf Zwischenrufe der Linken ausdrücklich fest. Wahrhaftig, das ist ein Ignorismus sondergleichen, wie er selbst Anno 1925 während des Kampfes um Locarno nicht in Erscheinung trat. Und das sind die Früchte der so viel gepriesenen „Erziehungsarbeit“, die Dr. Marx, der Reichsbannerkamerad, an den Deutschnationalen geleistet hat. Ein Hohn sondergleichen.

Den Gipfel seiner Leistungen aber erreichte der Graf am Schluß seiner Rede, allwo er als weiteren Preis für den Bürgerblock die Auslieferung Preußens an die Deutschnationalen forderie. Wir haben diese Entwicklung seit Jahren vorausgesagt, so daß dieser Kaufpreis der Deutschnationalen für die Leser dieser Spalten nichts Ueberraschendes bringt. Aber dieser Vorgang kennzeichnet den Kuhhandel, den sich dieses Mitglied der Reichsbannerorganisation geleistet hat.

Kein Wunder! Die Gesichter der Zentrumsleute wurden lang und länger, ihre Mienen wurden von Minute zu Minute bang und bänger. Und schon kurz nach Beendigung der deutschnationalen Rede eilten die Gerüchte mit Windeseile durch das gesamte Haus, daß im Gehäß des Bürgerblocks neue Risse bemerkbar würden. Nicht daß jemand glaubte, daß das so mühevoll gefuhhandelte Gebilde dennoch scheitern würde — das Zentrum wird auch diese Provokationen hinzunehmen wissen. Jedenfalls aber hatten sich neue Schwierigkeiten eingestellt.

Ueberhaupt dieser Bürgerblock. Eine gräßliche Mißgeburt. Während der Rede des Kanzlers rückten die Deutschnationalen auf ihren Sihen hin und her. Die Ultras um Graef und Overling, den Fürstentum, stellten eine geradezu bedauernde Miene auf. Freitag-Lorringhoven blidte besonders geistreich drein. Erst bei der Westarp-Rede feigte er über das ganze Angeficht. Leicht ist denn die Aufgabe Westarps auch wahrhaftig nicht gewesen. Er mußte die Linken befriedigen, ohne die machtungrigen Landblinder abzustoßen. So teilte er jedem eine Gabe, denen Blumen, jenen Früchte aus. Nur die „Republikaner“ im Zentrum wurden ohne jede Spende abgestraft. Herr Dr. Wirth zeterie mit den Demokraten. Die andern Jünger des Stuhles Petri maulten still vor sich hin. Von den Leuten Stresemanns waren die meisten ferngeblieben. Wahrhaftig, ein Schauspiel für Götter, dieser erste Tag des Bürgerblocks.

Und der bejammernswerte Hauptakteur war Dr. Marx, der „politische Turnwart der Deutschnationalen“, wie ihn selbst Hermann Müller treffend apostrophierte. Es hätte wahrhaftig vollauf genügt, wenn das Kabinett des Bürgerblocks einen Vizekanzler hatte, mit der Devise: „Hier stehe ich, ich kann auch anders.“ Jetzt hat Dr. Marx treffend gezeigt, daß er ohne Bedenken ebenfalls auch „anders“ kann. Und das hat keinesfalls der sozialdemokratische Redner zu verfehlen vermocht.

Was aber sagen die Mitglieder der Reichsbannerorganisation zu diesem ihren Führer, der sich so bedenkenlos den

Deutschnationalen ausgeliefert hat? Glaubt man, mit solchen Leuten die Republik zu sichern? Die gestrigen Vorgänge haben mit geradezu brutaler Offenheit demonstriert, daß sich eine Organisation zum Schutze der Republik nur auf den Schultern der Arbeiterklasse erheben kann. Wir erinnern an das Beispiel Oesterreichs und wiederholen nur, was wir schon oft dargelegt.

Der „politische Turnwart der Deutschnationalen“ gehört auf den Turnplatz, den der Chef des Besitzbürgerblocks, Herr Graf Westarp, errichtet hat.

Regierungsprogramm des Kabinetts.

Die Rede des Reichskanzlers.

Verfassung und Schule.

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, ist sich einig, daß die Grundlage unseres Politiks, die Anechtung der Rechtsstaatlichkeit bei der Verfassung von Weimar, gegründeten, republikanischer Staatsform, auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung höchsten soll. Dank des gesunden Sinns für Ordnung und des ungebrochenen Lebenswillens des deutschen Volkes kann unser wiederhergestelltes deutsches Staatswesen heute als innerlich gefestigt angesehen werden.

So soll es auch bleiben: Es ist der feste Wille der Reichsregierung, für den Schutz die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsfarben, wie sie in Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten. Die Reichsverfassung ist durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommen. Es ist daher auch

die selbstverständliche Auffassung aller in der gegenwärtigen Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen, daß Änderungen von Einzelheiten der bestehenden Verfassung auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden müssen. Jeden Versuch gewaltsamer oder sonst ungesetzlicher Änderung wird die Reichsregierung als Hochverrat ahnden. Insbesondere wird sie auch gegen alle Verelnigungen, die den rechtswidrigen und gewaltsamen Umsturz der

bestehenden Staatsform bezwecken, vorgehen. Wie sie von allen Deutschen Achtung der Reichsverfassung verlangt, so gilt diese Treupflicht — selbstverständlich unter Wahrung des verfassungsmäßig gewährtesten Rechts auf freie Meinungsäußerung — vor allem für die Beamten. Diesen ist die Beteiligung an den vorgenannten Vereinen und Bestrebungen zu verbieten.

Der inkraftige Schutz der Weimarer Verfassung schließt keineswegs aus, der großen Vergangenheit Deutschlands mit Achtung zu gedenken.

Deshalb soll nach der einmütigen Auffassung der Reichsregierung auch der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung und Ehre gezollt werden.

Wenn uns in diesem Zusammenhang ein weiterer Blick in die Vergangenheit gestattet sei, so sehen wir, daß unsere ganze heute bestehende Kultur auf christlicher Grundlage erwachsen ist. Aus diesem Mutterboden heraus muß sich der Geist des deutschen Volkstums immer wieder erneuern. Solche Gedankengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Reichsstatut.

Finanzpolitik.

Was die Finanzlage des Reiches angeht, so ist es im vergangenen Jahre das Ziel der Reichsregierung gewesen, die Arbeit der Wirtschaft am Wiederaufbau Deutschlands zu fördern, ohne daß die Grundsätze einer gesunden Finanzgebarung zurückgestellt zu werden brauchten. Auch in Zukunft wird es das Bestreben der Reichsregierung bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu halten. Freilich bedarf es dazu äußerster Sorgfalt, um nicht gegenüber den vorhandenen Einnahmemöglichkeiten in Schwierigkeiten zu kommen.

In den Rahmen der allgemeinen Finanzlage wird auch das Problem des Finanzausgleichs einzufügen sein, das eine innerpolitische Frage von hervorragender Bedeutung darstellt. Dem hohen Haupte liegt der Entwurf eines Gesetzes über einen provisorischen Finanzausgleich vor, dessen baldige Verabschiedung dringend erwünscht erscheint. Darüber hinaus wird es das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Uebereinstimmung mit den Ländern über die Gesamtheit des Finanzausgleichsproblems möglichst bald herbeizuführen. Die Reichsregierung hat dabei volles Verständnis für die Wünsche der Länder und ihrer Gemeinden auf ein gesundes Eigenleben, wie sie andererseits auf das Verständnis der Länder für die finanziellen Notwendigkeiten des Reiches rechnet.

Das Heer Dr. Geklers.

Der Wehrmacht wird die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Sie wird mit größtem Nachdruck bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Wehrmacht in allen Schichten und in allen Parteien zu festigen. Das Heer muß dem politischen Kampf ein für allemal entzogen werden.

Das von mir an dieser Stelle am 16. Dezember 1926 entworfene Programm einer entgeltlichen Lösung der Reichswehr von aller Politik wird ohne Einschränkung zur Ausführung gebracht.

Ich wiederhole im einzelnen, daß Sorge getragen werden wird, die Unterbindung jeglicher Beziehungen von politischen oder politisierenden Verbänden, zu denen die sog. Wehrverbände aller Richtungen und Formen in erster Linie gehören, zur Wehrmacht auf die Dauer sicherzustellen. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 über ungesetzliche Einstellungen wird strengstens durchgeführt werden. Es werden ferner der Öffentlichkeit in nächster Zeit ergänzende Anordnungen bekanntgegeben werden, nach denen beim Rekrutierungsverfahren die Berücksichtigung aller verfassungstreuen Volksteile sowie unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörden der Länder durch tatsächliche Auskünfte der ausnahmslose Ausschluß aller verfassungsfeindlichen Elemente bei der Einstellung von Freiwilligen gewährleistet wird.

Daß ich bei der Verwirklichung dieses Programms in vollster Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichswehrminister und den Herren Chefs der Heeres- und

Der „politische Turnwart der Deutschnationalen“.



Seine neue Uniform.